

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24 1/2 Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

**Inserate**  
(1/4 Sgr. für die fünfgepal-  
tene Zeile oder deren Raum,  
Reklamen verhältnismäßig  
höher) sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an denselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

Die Posener Zeitung eröffnet auch für den Mo-  
nat März ein besonderes Abonnement zu dem Preise  
von 25 Sgr. in der Expedition und bei den Com-  
mandanten, für auswärtig incl. Postporto 1 Thlr. —  
Bestellungen von auswärtig sind direkt an die Expe-  
dition zu richten.

## Expedition der Posener Zeitung.

### Amtliches.

Berlin, 27. Februar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst  
geruht: Dem Divisions-Auditeur der 15. Division, Justizrath Brubn,  
den Hoforden vierter Klasse und dem früheren Feldwebel im zwei-  
ten Ostpreussischen Grenadier-Regiment Nr. 3, jetzigen Regierungs-Bureau-  
Diätar Julius Reinhold Schulz zu Königsberg in Preußen das All-  
gemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Der Direktor des Gymnasiums zu Brilon, Dr. Schmidt, ist in glei-  
cher Eigenschaft an das Gymnasium zu Paderborn versetzt worden.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Frankfurt a. M., Freitag, 26. Februar Mittags.  
Nach der hier eingetroffenen „Bayerischen Zeitung“ haben  
bei der Abstimmung der gestrigen Bundestagsitzung die  
Gesandten der in Würzburg vertreten gewesenen Regierun-  
gen, in Folge der dort getroffenen Verabredungen erklärt,  
daß sie sich vorbehielten, weitere Urträge auf sofortige Her-  
beiführung einer definitiven Beschlagnahme über die Erb-  
folge einzubringen, wenn der Ausschuss nicht binnen acht  
Tagen gemäß Nr. 4 der Auschlussanträge seinen Vortrag  
erstatten würde.

Paris, Freitag, 26. Februar Abends. Das Urtheil  
in dem Prozesse gegen die des versuchten Attentates gegen  
den Kaiser Angeklagten ist ergangen und lautet gegen Greco  
und Trabucco auf Deportation, gegen Scaglioni und Im-  
peratori auf 20 Jahre Einschließung.

London, 26. Februar. In der heutigen Sitzung des Ober-  
hauses erwiederte Russell auf eine Interpellation Malmesbury's:  
Die Okkupation Jütlands dürfte als Schadenersatz für die ge-  
kaperten Schiffe geschehen, wenn Dänemark die Kaperei fortsetzt. Die  
Okkupation aber wegen einer Bürgschaft für die Kriegskosten könnte  
Dänemark berechtigterweise als Invasion betrachten, wodurch die  
Erweiterung des Krieges möglich wäre.

Im Unterhause erwiederte Palmerston auf eine Interpel-  
lation Fitzgerald's: Der Londoner Traktat ist die Basis der beab-  
sichtigten Konferenz; weitere Arrangements können wir nicht mit-  
theilen. Heute sei von Kopenhagen die Mittheilung eingetroffen,  
Dänemark wolle die Entscheidung über die Beschickung der Konfe-  
renz noch hinausschieben. Eine Erwiderung des Bundestages fehle  
noch.

### Der Belagerungszustand.

Vor einigen Tagen wurde von uns ein durch die Nordd. Allg.  
Zeitung veröffentlichtes Schreiben eines deutschen Gutsbesizers unserer  
Provinz an den Herrn Minister des Innern wiedergegeben. Wir ent-  
hielten uns damals jeder Bemerkung, indem wir eine Beurtheilung des-  
selben von anderer Seite herauszufordern gedachten. Eine solche ist  
uns jetzt auch zugegangen und wir zögern nicht, sie der Öffentlichkeit zu  
übergeben. Das uns zugekommene Schreiben, dessen Autor uns genau be-  
kannt ist, lautet:

„Nach der „Nordd. Allg. Z.“ soll dem Staatsministerium in einer  
Art Memoire eine Schilderung der traurigen Zustände zugegangen sein,  
welchen die deutschen Bewohner in den Grenzkreisen ausgesetzt sind.  
Zweck dieses Schriftstücks ist, die Verhängung des Belagerungszustandes  
für die Grenzkreise zu erbitten. Von der Einsicht der entscheidenden Be-  
hörden dürfen wir wohl erwarten, daß wir mit einer Maßregel, die nur  
in verzweifelter Lage als äußerstes Sicherheitsmittel zur Anwendung zu  
kommen pflegt, verschont bleiben werden, der üble Eindruck der Veröffent-  
lichung so unbegründeter pessimistischer Anschauungen wird aber damit  
noch nicht beseitigt, und das Vertrauen zu unseren Zuständen immer wie-  
der erschüttert.“

Die Forderung des Belagerungszustandes gründet sich auf Verbre-  
chen, die in zwei Ortschaften, deren Namen ebenso wenig wie die der Be-  
raubten angegeben sind, vorgekommen sein sollen. Für die Betroffenen  
sind diese Vorfälle ebenso traurig wie beklagenswerth, allein ähnliche und  
schrecklichere Raubankfälle sind hier in den friedlichsten Zeiten schon vor-  
gekommen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen und bei einer Grenz-  
linie von circa 30 Meilen mit dem Königreich Polen möchte man sich  
vielmehr wundern, daß die Sicherheit des Eigenthums hier so groß  
ist; denn es ist Thatsache, daß Verbrechen gegen das Eigenthum  
gegenwärtig in geringerer Zahl vorkommen, als in den vorher-  
gehenden Zeiten. Der Beweis, daß die deutsche Bevölkerung im  
Allgemeinen sich beunruhigt fühlt, dürfte schwer zu führen sein, und  
unter allen Umständen ist die Stimmung eine ruhigere und zuversicht-  
lichere, als vor Jahr und Tag. Warum soll sie also jetzt wieder durch  
Verhängung des Belagerungszustandes alarmirt werden? Gibt uns  
derselbe, während uns seine nachtheiligen Folgen sicher treffen, denn auch

die bestimmte Garantie gegen die Wiederholung einzelner Verbrechen?  
Es möchte gerechtfertigt sein, ihn vor Jahr und Tag zu proklamiren; es  
kann auch wieder eine Zeit kommen, wo seine Verhängung in Erwägung  
gezogen werden kann, wenn nämlich der Krieg größere Dimensionen an-  
nimmt und die Grenzbesetzung zurückgezogen wird; im gegenwärtigen  
Augenblick, wo die russische Regierung stets mehr Macht gewinnt und  
der Aufstand an Energie verliert, wäre er nur als eine verspätete oder  
verfrühte Maßregel anzusehen. Nur überängstliche Gemüther oder  
Schwarzseher werden sich danach rechnen können, während die besonnenen  
deutschen Bewohner der Grenzkreise sich gern mit den Belästigungen be-  
gnügen werden, welche sie jetzt schon auf ihren Reisen durch die militairi-  
schen und die Bauernwachen erfahren.

### Ein deutscher Gutsbesitzer in den Grenzkreisen der Provinz.

Wir haben uns im vergangenen Sommer, als die politische Agita-  
tion im Steigen war, für die Eventualität eines Belagerungszustandes  
in den Grenzkreisen ausgesprochen. Wenn damals eine solche Maßregel  
nicht beliebt worden und es gleichwohl gelungen ist, die Ordnung in der  
Provinz zu erhalten, so mögen wir in einem Augenblick, wo die hervor-  
ragendsten Agitatoren dingfest gemacht oder außer Landes sind, dem  
Belagerungszustand nicht das Wort reden und dürfen uns, ohne inkon-  
sequent zu sein, zu den vorher ausgesprochenen Ansichten eines Mannes,  
der die Provinz kennt und einen klaren Blick für die Beurtheilung ihrer  
Verhältnisse hat, wohl bekennen.

Als wir im vergangenen Sommer den Belagerungszustand in eini-  
gen Grenzkreisen für geboten erklärten, hatte uns besonders die Wahr-  
nehmung dazu bestimmt, daß, nachdem durch die Wirksamkeit des Staats-  
gerichtshofs die bestehende Provinzial-Organisation zerstört worden, so-  
gleich eine neue an deren Stelle treten zu sein schien, die mit unge-  
schwächten Mitteln die Agitation fortsetzte. Die Spuren dieser Organi-  
sation haben sich aber inzwischen, wenn wir uns nicht täuschen, verlaufen,  
und die Dinge stehen in der Provinz ohne Zweifel heute besser, als im  
Sommer. Einzelne Gewaltthatigkeiten werden immer noch vorkommen,  
und die etwa bedrohten Kreise werden die besondere Aufmerksamkeit der  
Behörden erfordern, aber nach der Einrichtung der Bauernwachen und  
vorausgesetzt, daß dieselben richtig geleitet und verwendet werden, müssen  
die vorhandenen militairischen Kräfte zum Schutz der Person und des  
Eigenthums ausreichen; nur werden sich die Behörden zu hüten haben,  
zu viel auf anonyme Denunciationen zu achten. Durch dergleichen De-  
nunciationen, die oft erfunden sein möchten, und die dadurch hervorgeru-  
fenen militairischen Hausdurchsuchungen ist der Grenzsoldat unnützerweise  
vielen Strapazen ausgesetzt worden, die sich wohl nicht wiederholen dürf-  
ten, nachdem Landräthe, Magistrate und zum Theil auch die Militair-  
befehlshaber in den Grenzkreisen ihr Publikum endlich so weit kennen  
gelernt haben müssen, um den Werth eingehender Denunciationen im  
Voraus beurtheilen zu können. Im Uebrigen wird auch darauf zu rech-  
nen sein, daß der Beginn der Feldarbeiten manchen müßigen Strolch  
wieder zu regelmäßiger Beschäftigung zurückrufen wird.

### Deutschland.

**Preußen.** △ Berlin, 26. Februar. [Die Friedens-  
konferenzen und Friedensaspekten; der Bundestag; der  
Artikel der „Provinzial-Correspondenz“.] Meine Auffassung  
über den Charakter der augenblicklichen Situation, wie ich sie wiederholt  
an dieser Stelle vertreten habe, scheint sich schnell durch den Fortgang der  
Ereignisse zu bewahrheiten. Die diplomatischen Verhandlungen, welche  
der begonnenen Besetzung Jütlands Halt geboten haben, liegen jetzt be-  
reits Jedermann kenntlich am Tage. Es fehlt wenig mehr, und wir wer-  
den Ort und Tag für den Beginn der Friedensverhandlungen mit Si-  
cherheit vorausberechnen können. Frankreichs Zustimmung zu dem von  
den deutschen Großmächten acceptirten englischen Konferenzvorschlage auf  
der Basis der Integrität der dänischen Gesamtmonarchie ist verbürgt.  
Es müßte eigenthümlich zugehen, wenn es England nicht gelänge, auch in  
Kopenhagen die angeblich dort noch fehlende Bereitwilligkeit zu erzwingen  
(s. d. Londoner Tel.), nachdem es ihm gelungen ist, die Aussicht auf  
schwedische Hilfe den Dänen definitiv zu benehmen. Und sollte Jemand  
noch ernsthaft glauben, der deutsche Bund werde Schwierigkeiten machen,  
nachdem er es gestern förmlich abgelehnt hat, das Londoner Protokoll  
für unverbindlich zu erklären? Nach diesem ersten praktischen Ergebnisse  
der Würzburger Konferenzen können die Kabinette von Berlin und Wien  
über die Würzburger Opposition getroßt zur Tagesordnung übergehen.  
Der Wortlaut ihrer gestern in Frankfurt eingebrachten Anträge bezüglich  
Holsteins, über die am 3. f. M. abgestimmt werden soll, liegt heute vor,  
und ihre Annahme kann kaum noch als zweifelhaft angesehen werden.  
Die deutsche Großmachtpolitik erfreut sich wieder der Majorität am  
Bunde. Was ich schon längst als unvermeidlich bevorstehend ankündigte  
und wiederholt bei Gelegenheit der ersten Nachricht von der Kriegsbereit-  
schaft des 6. Armeekorps vorhersagte, wird jetzt zur Wirklichkeit: die  
Bundesstruppen in Holstein treten in das Reservverhältniß zur allirten  
Armee und auch die Bundesverwaltung wird in die Hände der deutschen  
Großmächte übergehen. Ist dies geschehen, werden die letzteren ihr Pro-  
gramm auf den Friedenskonferenzen ungehindert durch den deutschen Bund  
vertreten können, dem Vertreter des deutschen Bundes, selbst wenn er aus  
der Mitte der Würzburger gewählt würde, wird in jedem Falle die wenig  
dramatische Rolle der Anstandsperson im Lustspiel zufallen. Unsere offi-  
ciöse Presse, die wahrscheinlich die Parole erhalten hat, nur langsam den  
Kriegsenthusiasmus abzuwiegeln, betont freilich, die Feindseligkeiten wür-  
den nicht eingestellt. Wäre dies ernsthaft gemeint, wäre es allerdings ein  
schlechtes Prognostikon für das friedliche Resultat der Konferenzen. Was  
steht denn indessen der Einstellung der Feindseligkeiten nach den bishe-  
rigen Erklärungen der deutschen Großmächte noch entgegen? Nichts als  
die Räumung Alsen's. Das Hinderniß kann aber unter allen Umstän-  
den nicht lange mehr vorhalten. Wiederholt ist die bevorstehende freiwilli-

ge Räumung der Insel gerüchteleise gemeldet worden, und es ist That-  
sache, daß zuverlässige Berichte über die Einschiffung größerer Truppen-  
massen in Alsen der Anlaß zu der Refugioscörung am 22. d. M. gewe-  
sen. Man wollte sich das Manöver des Rückzugs aus den Dammwerken  
nicht noch einmal von den Dänen vormachen lassen. Trotzdem hat die  
Situation vor Düppel eine frappante Ähnlichkeit mit den Tagen, die  
zwischen dem Gefechte von Missunde und der Räumung der Damm-  
werke lagen.

So sind überall die jüngst von der „Provinzial-Korrespondenz“  
vorgetragenen Wünsche der Verwirklichung sehr nahe. Die Großmachts-  
politik triumphiert in Deutschland. Es ist möglich, daß diese Politik, der  
Bundesmajorität sicher, etwas mehr für die Rechte der Herzogthümer er-  
wirkt, als ohne den Rückhalt der Bundesmacht. Aber es ist ebenso ge-  
wiß, daß sie niemals das erreichen wird, was zu erreichen gewesen wäre,  
hätte Preußen die Führung der bisherigen Bundesmajorität und der deut-  
schen nationalen Bestrebungen übernommen. Die „Provinzial-Korres-  
pondenz“ versteht „volle Selbstständigkeit und Vereinigung“ der Her-  
zogthümer. Doch steht nun einmal in dem deutschen Volke die Ueber-  
zeugung fest, daß die volle Selbstständigkeit nicht ohne unbedingte staat-  
liche Trennung von Dänemark zu erreichen ist. Das war es, was die  
Mittelstaaten ursprünglich erst für Holstein und in nothwendiger Konse-  
quenz auch für Schleswig im Sinne hatten. Und daß sie dies wollten,  
selbst auf die Gefahr eines europäischen Krieges hin, ist ja eben der Vor-  
wurf, den das offizielle Blatt ihren revolutionären Bestrebungen macht.  
Die Großmachtpolitik will also dieses Ziel offenbar nicht; sie rühmt sich  
dessen, durch ihren entgegengesetzten Plan europäische Verwickelungen ver-  
mieden zu haben. Dann aber mag sie immerhin sich ihrer Siege über  
die Opposition der Frankfurter Diplomaten rühmen. Das deutsche  
Volk wird nimmermehr aufhören, laut und im Stillen gegen diese Poli-  
tik zu protestiren, und die schleswig-holsteinische Frage bleibt ungelöst, wie  
es die deutsch-nationale ist.

— Ueber die Mission des Generals v. Manteuffel wird  
der „Hamb. Ztg.“ geschrieben: Der General v. Manteuffel wird für  
seine Mission auf Wien beschränkt. Dieselbe ist in Folge eingehen-  
der Berichte des Feldmarschalls v. Wrangel erfolgt. Militärisch wird  
die Ueberschreitung der jütischen Grenze damit gerechtfertigt, daß es ge-  
boten war, die feindlichen Kräfte an mehreren Punkten zu beschäften und  
dadurch zu schwächen, namentlich um die Dänen zu zwingen, einen Theil  
der in Alsen aufgestellten Armee zur Vertheidigung der Festung Fredericia  
abzugeben und so die Alsen's Stellung zugänglicher zu machen. Alle  
bisherigen Erfolge waren vergeblich gewesen, ohne schnelle Ueberschreitung  
der jütischen Grenze. Man würde ihre Unterlassung als einen großen  
militairischen Fehler ansehen müssen. Dies in großen Zügen der Inhalt  
der Berichte aus dem Hauptquartier, wie er hier in militairischen Krei-  
sen circulirt. Es wird sich nun darum handeln, für die militairische  
Operation eine politische Rechtfertigung zu finden, und in Bezug hierauf  
soll General v. Manteuffel in Wien Vereinbarungen treffen. Es sind da-  
bei dem Vernehmen nach folgende Gesichtspunkte maßgebend: Der Wi-  
derstand gegen die Inpfandnahme Schleswigs und der Angriff auf bun-  
desstaatliche Schiffe von Seiten Dänemarks involvire den Bundeskrieg,  
und die Besetzung Jütlands solle Garantien für die Beschlagnahme  
deutscher Schiffe und zugleich für die Erstattung der Kriegskosten bieten.  
Für den Beitritt zu dieser Anschauung soll zunächst Oesterreich und durch  
einen Antrag am Bunde die Gesamtheit der übrigen Staaten gewon-  
nen werden.

— Morgen am 50jährigen Gedenktage der Schlacht bei  
Bar für Aube, bei welcher Se. Maj. der König sich das Eiserne Kreuz  
und den russischen St. Georgenorden erworben, werden die gesammte  
hier anwesende aktive Generalität und diejenigen zur Disposition stehen-  
den und inaktiven Generale, welche Ritter des Eisernen Kreuzes sind,  
Se. Majestät zu diesem Gedenktage im Namen der Armee die Gratula-  
tion darbringen. Seitens der russischen Armee ist zu demselben Zwecke  
eine Deputation hier angekommen, und zwar von dem Infanterie-Regi-  
ment Kaluga, König von Preußen, demselben Regiment, bei welchem Se.  
Maj. der König vor fünfzig Jahren im Feuer gestanden, an der Spitze  
derselben der General der Infanterie und Generaladjutant Sr. Maj. des  
Kaisers, v. Paniutin, welcher in der Schlacht bei Bar für Aube das ge-  
nannte Regiment geführt, dann der jetzige Kommandeur desselben, Oberst  
v. Werner, der Kompagniechef, der Feldwebel und ein Gefreiter der 1ten  
Kompagnie dieses Regiments, und ferner der Flügeladjutant Sr. Maj.  
des Kaisers, Oberst v. Wehmann.

— Ueber die Erfolge des Zündnadelgewehrs äußert sich  
ein Berliner Korrespondent der „Bresl. Ztg.“: Wenn wir bisher haupt-  
sächlich das concentrirte und mit möglichst starken Kräften ausgerüstete  
taktische Vorgehen der Preußen neben der nicht zu bezweifelnden Bravheit  
als Ursache hervorhoben, weshalb der Sieg, d. h. das taktische Zurück-  
werfen des Gegners stets so schnell und mit verhältnismäßig so geringen  
Verlusten erfolgte, so dürfen wir jetzt auch unbedingt die furchtbare  
physische und moralische Wirkung des Zündnadelgewehrs als einen wesent-  
lichen Faktor bei Erreichung dieses Resultats bezeichnen. Unsere Truppen  
lassen zuerst beim Anlauf das Feuer des Feindes auf sich ergießen; dann  
aber beginnt das Schnellfeuer des Zündnadelgewehrs. Der Feind kann  
den Ladestock erst aus der Schafthuthe herausziehen, wenn er die Patrone  
in die Mündung des Laufs gebracht, dann muß er zweimal die Patrone  
mit dem Ladestock in dem Laufe feststoßen und das Gewehr an die Hüfte  
bringen, ehe er das Zündhütchen ergreifen und auf das Pistol setzen  
kann. Der Preuze hat nichts zu thun, als die Kammer aufzuschlagen,  
die Patrone hineinzulegen, wieder zuzuschlagen, und er ist wieder schuß-  
fertig. Daß also diefeits mindestens zweimal abgeschossen werden kann,  
ehe der Feind nach seinem ersten Schuß wieder mit seinem Laden fertig  
ist, war ziemlich sicher vorauszu sehen; indeß die Praxis stellt nun auch  
heraus, daß dieser Umstand einen moralischen Einfluß von bewältigender  
Wirkung auf den Feind ausübt. Es erscheint allerdings einleuchtend,  
daß in der fast eine Minute dauernden Pause, wo der Feind sich erst

wieder schussfertig machen kann, durch zwei Salven und 2 bis 3 Schüsse schnellfeuernder Schützen, denen gegenüber jener völlig wehrlos sich fühlt, so wie er nicht hinter Schanzen gedeckt ist, dermaßen der Muth und die feuerfeste Haltung der feindlichen Massen erschüttert werden muß, daß diese zum weiteren Feuern in derselben Stellung bald die Ruhe verlieren und in einer weiter rückwärts gelegenen Position erst wieder die nöthige Sammlung gewinnen. — In anderer Hinsicht mindestens eben so einflußreich ist aber auch die Schnelligkeit und das sichere Schießen unserer Artillerie. Von unendlichem Einfluß ist aber das gewandte Einwirken der beiden Waffen aufeinander, das sogenannte Zusammenwirken im richtigen Moment; die Intelligenz unserer Artillerieoffiziere und die in neuerer Zeit, namentlich beim Armeekorps des Prinzen Friedrich Karl auch principiell bewährte größere Selbstständigkeit der eine Truppe befehligenen Infanterieoffiziere, konnte allein auf dem Schlachtfelde so günstige Resultate hinsichtlich der Leitung herbeiführen. Bei den bevorstehenden Belagerungskämpfen wird auch das Genußwesen die Gelegenheit haben, sich in sehr wesentlicher Weise bei dem Gneinandergreifen der Waffen zu betheiligen. Namentlich die „Sappeurs“ werden es sein, die sich nun mit Ruhm bedecken können. Es gehört nämlich die größte Todesverachtung und Kaltblütigkeit dazu, die ersten Schanzkörbe im feindlichen Festungsartillerie-Feuer aufzustellen, und es gehören Hunderte von neben- und übereinandergestellten Schanzkörben dazu, ehe eine Batterie leidlich fertig wird, hinter welcher ein Belagerungsgeschütz aufgestellt werden kann, das zur Demontirung des feindlichen, nur mit seiner Mündung aus einer Schießscharte hervorstühenden Festungsgebißes dienen soll.

C. S. — Auf den Wunsch des Kaisers Napoleon und mit Genehmigung Sr. Majestät des Königs begibt sich der hiesige militärische Attaché der französischen Botschaft, Graf de Clermont-Tonnerre, in das Hauptquartier des Gen.-Feldmarschalls v. Wrangel, um den weiteren Operationen in Schleswig beizuwohnen.

Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz wegen Aufhebung der Lex Anastasiana in den Landestheilen des gemeinen Rechts, vom 1. Februar 1864.

Der Schriftsteller Vassalle war bekanntlich, auf Grund eines von ihm in einer Versammlung des Handwerker-Vereins gehaltenen Vortrages über den besondern Zusammenhang der gegenwärtigen Gesellschaftsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes wegen Gefährdung des öffentlichen Friedens angeklagt und in erster Instanz zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt worden, welches Erkenntnis vom K. Kammergericht in eine Geldbuße von 100 Thlr. oder 2 Monate Gefängnis umgewandelt wurde. Es war dabei zugleich auf Vernichtung des — noch nicht veröffentlichten — Abdrucks dieser Rede erkannt worden. Vassalle hatte die Nichtigkeitsbeschwerde gegen das zweite Erkenntnis einlegen lassen, welche der Ober-Staatsanwalt, so weit sie gegen die ausgesprochene Vernichtung gerichtet war, für begründet erachtete, da die Vernichtung einer Schrift vor deren Veröffentlichung nicht ausgesprochen werden könne. Das Ober-Tribunal hat jedoch die Nichtigkeitsbeschwerde zurückgewiesen und somit das zweite Erkenntnis bestätigt.

Gestern Abend traf der erste größere Transport östreichischer Verwundeter vom Kriegsschauplatz ein. Zu dem Empfang, der Verpflegung und dem Unterkommen dieser Mannschaften bis zu ihrem Weitertransport war durch ein Comité die möglichste und ausreichendste Vorkehrung getroffen, und hatten sich zu Hilfsleistungen und Unterbringung resp. Verpflegung der Verwundeten so viele Familien gemeldet, daß nur ein kleiner Theil derselben berücksichtigt werden konnte. Da nur die Empfänger von Verwundeten Zutritt auf dem Bahnhofe erhalten, so herrschte große Ordnung beim Eintreffen der letzteren, und konnten die Mannschaften, welche in zweiter Wagenklasse untergebracht waren, bequem und durch Unterstützung des Publikums die Waggon verlassen, um in den großen Wartesalon geführt zu werden, wo ihnen Erfrischungen dargereicht wurden. In Vielen wurde der Verband in einem eigens hergerichteten Zimmer durch anwesende Aerzte erneuert. Die Verwundeten, deren über 200 an der Zahl waren, wurden durch Nummern den Empfängern zugetheilt, die mittelst Wagen dieselben nach ihren Wohnungen abführten, um dieselben dort zu beherbergen und heute früh 9 Uhr nach dem Anhaltischen Bahnhofe zur Weiterreise zu befördern. (Auch in Hamburg haben die Verwundeten die herzlichste Theilnahme gefunden.)

Der herzoglich anhaltische Generalmajor und Mitglied des Staatsministeriums Stockmar, ist gestern Abend von Dessau hier eingetroffen, dem Vernehmen nach um eine Militärkonvention zwischen Anhalt und Preußen abzuschließen.

Nach einer hier eingegangenen Nachricht aus Zürich hat der Abgeordnete Temme durch einen Fall an der Einmatrikulation den Arm gebrochen.

Breslau, 26. Februar. [Eisenbahn-Unfall.] Gestern Abend in der achten Stunde ereignete sich bei Zabrze ein sehr beklagenswerther Unfall. Als der Lokzug, welcher zwischen Gleswitz und Dnawiescim couffirt, von Dnawiescim kommend, in die Nähe des Bahnhofes Zabrze kam, fuhr derselbe unverhofft auf einen auf dem unrichtigen Gleise stehenden Lastzug mit so großer Gewalt an, daß die Lokomotive vollständig zertrümmert, und einige Wagen mehr oder weniger beschädigt wurden. Vom Fahrpersonal der Eisenbahn haben der Zugführer und ein Schaffner erhebliche Verletzungen erlitten. Zu demselben Zuge befand sich ein Postwagen, in welchem der den Zug begleitende Expedient D. und der Kondukteur G. ebenfalls bedeutende Verletzungen hiervon bekommen haben. Dem Lastzug hat dieser Zusammenstoß wenig Schaden zugefügt. Die Verletzungen sind sämmtlich nicht gefährlich. Uebrigens sollen auch einzelne Reisende bei dem Zusammenstoß beschädigt worden sein. (Vrl. Z.)

Danzig, 24. Februar. In der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung interpellirte Dr. Krüger den Bürgermeister Dr. Ling, ob das im Publikum verbreitete Gerücht wahr sei, daß seitens der königl. Regierung eine Verfügung an den Magistrat ergangen sei, die Kommunalbeamten, die bei den letzten Wahlen zum Abgeordnetenhaus nicht im Sinne der Regierungspartei gewählt haben, zur Veranordnung zu ziehen und was der Magistrat in dieser Sache gethan. Dr. Ling erklärte, daß er kein Bedenken trage, diese Frage dahin zu beantworten, daß allerdings eine Verfügung der königl. Regierung in dieser Angelegenheit eingegangen. In derselben würde aber eröffnet, daß kein Anlaß vorliege, diejenigen Magistratsbeamten, welche dem Wahlrequisit des Ministers des Innern zuwider bei den Wahlmänner- und Abgeordnetenwahlen im Sinne der Opposition ihre Stimme abgegeben hätten, zur Disciplinar-Untersuchung zu ziehen, daß aber die betreffenden Beamten keinerlei Zeichen des Wohlwollens und Vertrauens oder eine Berücksichtigung zu erwarten hätten; dies sei den betreffenden Beamten auch mitgetheilt.

Neidenburg, 23. Februar. Auch im hiesigen Kreise entwickeln die Militär- und Civil-Behörden eine außerordentliche Thätigkeit, um die seit einigen Wochen wieder begonnenen Züge nach Polen zu hindern. Der Fremdenverkehr wird mit großer Strenge überwacht, und bei polni-

schen Gutsbesitzern und Bauern werden alle Augenblicke Revisionen abgehalten. Am 14. d. Mts. wurde in dem Dorfe Klein-Lonzl von einer Abtheilung schwarzer Husen eine förmliche Jagd auf „Koschniere“ gemacht, weil sich das Gerücht verbreitet hatte, daß dort der Sammelplatz für Zuzüger sei, die in der nächsten Nacht die Grenze passiren wollten. — Aus dem Königreich Polen kommen hier und in den benachbarten Kreisen Strassburg und Thorn täglich zahlreiche Flüchtlinge an, die sich meist sofort nach Frankreich begeben. Viele lassen sich von den diesseitigen Landrathsämtern Pässe ausstellen, die ihnen auch in der Regel nicht verweigert werden. (Bromb. Z.)

Stettin, 25. Febr. Zu Marinezwecken sind vier Bugjirdampfer des Dampfschiffsvereins engagirt worden, welche vorläufig in Stralsund stationirt worden.

Thorn, 24. Februar. Die Geldbeiträge aus Stadt und Kreis Thorn für Schleswig-Holstein haben bereits die Höhe von 1783 Thlr. erreicht. Ein Comité aus der Mitte der hiesigen Frauenwelt hat an dieselbe vor einigen Wochen die Aufforderung ergehen lassen, Frauenarbeiten einzufenden, welche öffentlich versteigert und deren Ertrag gleichfalls für Schleswig-Holstein verwendet werden soll. Die Aufforderung hatte einen höchst erfreulichen Erfolg und werden am nächsten Sonnabend eine Menge Erzeugnisse weiblicher Handarbeit versteigert werden. — Neben jener Sammlung hat noch eine zweite für die verwundeten Krieger in Schleswig statt. Zu diesem Zwecke sind bis jetzt 242 Thlr., Charpie, Weinwand und eingemachte Früchte u. eingesandt worden. (D. Z.)

Wien, 23. Febr. Der „Magdeb. Ztg.“ wird von hier geschrieben: Der Belagerungszustand für Galizien steht in nächster und unvermeidlicher Aussicht. Die sentimental-larmoyante Freundschaft zwischen der Regierung und den Polen, mit welcher der Beginn der Reichsrathssession inaugurirt wurde, hat mit dem Schlusse der letztern ihr Ende erreicht. Den ersten Stoß erlitt sie am 28. October durch die Ermordung des Landesgerichtsraths Kuczynski in Lemberg; den zweiten durch die heftigen Erklärungen des Staats- und Polizeiministers im Abgeordnetenhaus, als der Rektor der Krakauer Universität, Dr. Diete, bei Gelegenheit der Verathung des Polizeibudgets Anklage auf Anklage gegen die Beamten in Galizien häufte. Schon damals, Ende November, schilderte Schmerling das Land als tief unterwühlt durch eine vollständig insurrektionelle Organisation und sprach ohne Scheu das entscheidende Wort: es handle sich darum, mit den äußersten Mitteln einer revolutionären Propaganda entgegen zu treten, deren Endziel die Losreißung einer östreichischen Provinz sei. Noch zögerten die Polen ein paar Wochen, bis das Abgeordnetenhaus die Subventionirung der Lemberg-Galizischer Bahn votirt und die Regierung die Koncession an den Fürsten Leo Sapieha vergeben hatte. Das war für die polnischen Deputirten der große Zeitpunkt dieser Session gewesen, damit der galizische Adel, der seit dem Herbst 1862 für mehr als 12 Mill. Fl. Hypotheken auf seine Güter aufgenommen haben soll und dermaßen ausgefackelt ist, daß er beim besten Willen nichts mehr für die Revolution thun kann, wieder zu Gelde komme und sich aufs neue schröpfen lasse. Aber ehe diese Koncession noch verworfen worden, war die demokratische Partei Mikroslawski's, die mittlerweile in Russisch-Polen aus Ruder gelangt, nicht mehr zurück zu halten. Der Ausbruch des dänischen Krieges hat dem Fasse vollenden den Boden eingeschlagen; der Niedergang der Revolution in Kongreßpolen lehrt überdies, daß schnell irgend etwas geschehen muß, um den verglimmenden Funken abermals zur Flamme anzufachen, bevor er gänzlich erlöscht; und einen Handstreich glaubte die jetzt in Warschau im Besitze der Macht befindliche Partei, getäuscht durch die bisherige Milde der östreichischen Regierung, eher und mit weniger Gefahr in Galizien als in Kongreßpolen ausführen zu können. Mit dem Schlusse der Reichsrathssession, der gleichsam als Signal diente, erhob daher die revolutionäre Propaganda feierlich das Haupt.

Die politischen Worte waren wieder in Lemberg und Krakau an der Tagesordnung; auf den Gütern der Landbesitzer wurden bewaffnete Schaaften einexercirt, im ganzen Lande Steuern eingetrieben und ohne Scheu die Lösung gegeben, daß es sich keineswegs bloß, wie man früher immer behauptet, um die Unterstützung der Stammesbrüder im Königreiche handle, sondern einfach um die Herstellung Polens innerhalb seiner Grenzen von 1772, also einschließlich Galiziens. Damit hatte man der Regierung denn aber auch einen Bundesgenossen erweckt, auf den sie im Stillen wohl schon lange gerechnet haben mag, so daß es ihr vielleicht gar nicht so unangenehm ist, die Dinge endlich zu einer acuten Krisis getrieben zu sehen. Bis hierher konnte sie immer nur an die Ruthenen appelliren, und dieser „Nationalitäts“-Appell hatte, für Oestreich zumal, sein Bedenkliches; in den Augen des Auslandes lebten gar noch alle gehässigen Reminiscenzen von 1846 daran. Heute ist das anders. Die ganze friedliebende Bevölkerung will Ruhe haben, Ruhe um jeden Preis vor den Agitatoren, die Gut und Blut jedes Einzelnen bedrohen. Nicht bloß die besitzende Aristokratie ist vollständig kopfschüttelnd; aus den Städten laufen hier die energischsten Bittschriften ein, das Ministerium möge endlich einmal von der Milde zur Strenge übergehen. Es war ein polnischer Bauer, Swiec, der im Frühling auf dem Lemberger Landtage, als die Polen das Mandat eines ruthenischen Abgeordneten nach dem anderen kassirten, mit blühenden Augen rief: „nicht auf die Ruthenen, auf eine Bauernhege legen die Herren es hier an!“ Machen doch selbst gemäßigte Polen, daß sie aus der Schutzlinie kommen, ehe das Gewitter losbricht: so der sehr begabte Reichsrath und Advokat Zyblikiewitz, der nicht nach Galizien zurückgegangen, sondern in's Ausland gereist ist, „um die Schwurgerichtsinstitutionen zu studiren!“ Schmerling's Drohung vom November mit den „äußersten Mitteln“ ist der Erfüllung nahe; die Artikel des „Botshafter“, der „Destr. Z.“, der „Generalkorresp.“ über Galizien sind die Vorläufer.

Sachsen. Dresden, 26. Februar, Vormittags. [Telegr.] Ein Extrablatt des „Dressener Journals“ veröffentlicht ein Telegramm aus Paris des Inhalts, daß Frankreich dem von Oestreich und Preußen acceptirten Konferenzvorschlage zugestimmt habe, und folgendes Telegramm aus Frankfurt über die gestrige Bundestagsitzung: Sachsen und Württemberg brachten den Antrag ein, die holsteinischen Stände einzuberufen und verlangten Abstimmung darüber in 8 Tagen. Es wurde beschloffen, die Abstimmung in 14 Tagen vorzunehmen. Bei Gelegenheit eines Antrages der freien Städte Lübeck, Bremen und Hamburg, betreffend die Wegnahme deutscher Schiffe durch Dänemark, legte Sachsen in dem Protokolle den Wunsch nieder, der Ausschluß möge nach Art. 11 Absatz 1 der Bundesakte („Alle Mitglieder des Bundes versprechen, sowohl ganz Deutschland, als jeden einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen und garantiren sich gegenseitig ihre sämmtlichen, unter dem Bunde begriffenen Besitzungen“) die nöthigen Maßnahmen vorzuschlagen. Bei der Abstimmung über den v. d. Pfordtenschen Bericht erhielten die Anträge 3 und 4 um deshalb die Majorität, weil Hannover und Kurhessen dafür stimmten, während sie gegen 1 und 2 votirt hatten.

## Schleswig-Holstein.

Der „Staatsanzeiger“ berichtet vom Kriegsschauplatz: Neue Nachrichten von Belang sind auch heute aus Schleswig nicht eingetroffen; es wird berichtet, daß die Dänen in Folge des am 22. vor Düppel stattgefundenen Gefechtes die Büffelkoppel geräumt haben und dieselbe sich nun vor der Front ihrer Vorpostenlinie befindet. Die Vorpostenstellung der Dänen vor Fredericia nimmt die Linie von Odderstedt über Hoirup nach Tölstrup ein. Die königliche 3. 6pfündige Gardebatterie bei Stenderup hat am 23. Vormittags auf große Entfernung einige Schüsse mit einer dänischen Schrauben-Korvette, die mit 6 — 8 Geschützen armirt war, gewechselt, ohne ihr erheblichen Schaden zuzufügen; dagegen hat das Feuer der Korvette einen Grenadier des 4. Garde-Regiments, der sich als Posten bei der Batterie befand verwundet. — Im Allgemeinen wird die Verpflegung der Armee durch die umsichtigen Einrichtungen der königlichen Intendantur, die vortreffliche Unterbringung und sorgfältige ärztliche Pflege der Kranken und Verwundeten, so wie der den Vorposten durch Verleihung der Pelze gewährte Schutz gegen die rauhe Witterung, als wesentlich zur guten Erhaltung des Gesundheitszustandes beiträgend, rühmend anerkannt.

Hamburg, 26. Februar, Vormittags. [Telegr.] Nach einer der „Börsenhalles“ zugegangenen Mittheilung mußten vorgestern zwei, in den Aller-Sund eingelaufene dänische Kriegsschiffe, von der preussischen Batterie bei Baarup beschossen, den Sund wieder verlassen, nachdem das eine der Schiffe starke Beschädigungen davongetragen hatte. — Nach „Aktionbladet“ hätte Graf Manderström auf eine telegraphische Anfrage Auaab's, ob Schweden im Stande sei, den Dänen sofort Hilfe zu leisten, mit einem entschiedenen „Nein“ geantwortet.

Fleensburg, 24. Februar. Die Zahl der dänischen Gefangenen, welche vorgestern bei Düppel in die Hände der Preußen fielen, muß sich einschließlich der Verwundeten auf circa 300 belaufen haben; dem 263 derselben langten hier gestern Nachmittag unter militärischer Eskorte an. Die geborenen Schleswiger — reichlich 90 Mann — wurden auf der Kommandantur entlassen und ihnen die Rückkehr nach Hause gestattet. Zahlreiche Frauen hatten sich vor dem Kommandanturlokal eingestellt und spähten in aufgeregter Erwartung umher, ob nicht ihr Gatte, Sohn oder Bruder sich bei dem Transport der Gefangenen befände. In der That fand mehr als eine rührende Scene des Wiedersehens statt.

Fleensburg, 24. Februar. Die Gefangenen, die diesen Nachmittag eingebracht wurden, erzählten, daß die Truppen zu erschöpft seien, um noch mit Energie kämpfen zu können. Das 18. dänische Regiment sei theilweise aufgegeben und es liegen nur noch zwei Regimenter in den Schanzen und sechs bis sieben auf Alsen. Sie seien volle zwei Tage und Nächte auf Vorposten gewesen, ohne Nahrung zu bekommen, und hätten in demselben Augenblick abgelöst werden sollen, als sie von den Preußen längs der ganzen Linie angegriffen worden seien, und so schnell, daß sie sich nicht mehr zu sammeln vermochten. (H. B. H.)

Kiel, 25. Februar. Heute waren verschiedene Deputationen hier, welche dem Herzog ihre Huldigung dargebracht haben. Schon Vormittags kam eine solche, 18 Personen stark, aus Apenrade geführt von Dr. Sohn und Landmann Börgensen, dann eine aus Drelsdorf und eine dritte aus Rappeln, letztere unter Führung des Stände-Abgeordneten Claussen. Außer diesen aber fanden sich im Laufe des Vormittags Hunderte von Bewohnern Angelns ein; dieselben waren zum Theil schon gestern ausgefahren, hatten in Eckernförde übernachtet und sammelten sich um 1 Uhr im Börsensaal. Von dort ging der Zug mit vielen Fahnen voraus das Banner Angelns, nach dem Badehaus, wo der Herzog die Massen-Deputation empfangen wollte. Doch konnte die große Menge — es mögen 700 bis 800 Männer, lauter festhafte Landleute, gewesen sein — nicht in den Saal hinein, in welcher dicht gedrängt Mann an Mann stand. Dr. Wurmb aus Gelling hielt die Anrede in warmen ersten Worten. Er erinnerte an all' die Schmach, welche gerade das Land Angelns von den Danisirungsversuchen der Dänen hatte erdulden müssen, aber wie das angelsche Volk in diesen 14 Jahren der Unterdrückung deutsch geblieben sei, wie es treu halte an dem Rechte seines Landes und an dem angestammten Fürsten, durch den ihm die Trennung von Dänemark für immer gesichert werden solle. Er gelobte, daß sie treu halten mit Leben und Gut einstehen wollten für das Land und ihren Fürsten und nicht von ihm lassen, „so wahr ihnen Gott helfe und sein heiliges Wort“. Und schwörend erhoben sich die Hände zum Himmel und laute Jubelrufe erklangen dem Herrscher, dem, wie der Redner sagte, sie schon anhängen würden wegen seines Rechtes, dem sie aber noch mehr anhängen wegen der Fürstentugenden, welche nach Allem, was sie von ihm erfahren hätten, ihn schmückten. Der Herzog antwortete in gewohnter Weise in eingehender warmer Rede, hob die hohe Bedeutung Angelns, des Mutterlandes Englands, hervor, die es gehabt habe in der Vergangenheit, die es aber auch in neuester Zeit habe als das Feld, auf dem die Dänen mit allen Mitteln, aber vergeblich, versucht hätten, Deutsche zu Dänen zu machen. Der Herzog sprach dann seine Hoffnung auf ein glückliches Erreichen des von Allen angestrebten Zieles, eines freien Schleswig-Holsteins, aus und schloß mit der Versicherung, daß sein ganzes Streben sei, seinem Lande ein gerechter und tüchtiger Regent zu werden. Der Herzog begab sich darauf unter die Versammlung und unterhielt sich mit vielen Einzelnen. Morgen steht ein noch größerer Festtag bevor. Ganz Schleswig wird hier durch Abgeordnete, deren je einer von 400 Einwohnern gewählt wird, vertreten sein. Da die Angliten hier bleiben werden, wird eine Versammlung stattfinden, wie solche noch nicht vorgekommen ist. Ein Comité ist hier zusammengetreten, um die Festordnung zu leiten. Mit einem Gottesdienst wird die Feier beginnen. (H. N.)

Kiel, Freitag 26. Februar, Abends. Heute erschien hier eine Deputation aus allen Theilen des Herzogthums Schleswigs, 1600 Köpfe stark, bestehend theils aus gewählten Vertretern, je einer auf 400 Seelen, theils aus Freiwilligen. Nachdem um 12 Uhr eine kirchliche Feier stattgefunden hatte, begab sich die Deputation im Zuge nach der Bahnhofshalle und überreichte daselbst durch ihren Wortführer Hamkens aus Eiderstedt dem Herzoge eine Adresse, in der gesagt wird, daß Schleswig deutsch sein und bleiben, und, unzertrennlich mit Holstein verbunden, nur dem Herzog unterthan sein will. Die Leiden der letzten Jahre werden in starken Zügen geschildert. Vierhundert Jahre hätten bewiesen, daß keine Verträge mit Dänemark möglich sind. Die Schleswiger ersehnten den Augenblick, wo sie unter des Herzogs Führung mit eigener Kraft das Land gegen die Dänen zu vertheidigen haben. Der Herzog ant-







